

Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 28. April 2017

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.101/0088-IM/a/2017

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 11961/J betreffend "Gesinnungsterror und Einschüchterung durch linksextreme Aktivisten an Österreichs Universitäten", welche die Abgeordneten Dr. Andreas F. Karlsböck, Kolleginnen und Kollegen am 1. März 2017 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 und 2 der Anfrage:

Dieser konkrete Fall war meinem Ressort bis zum Einlangen der gegenständlichen parlamentarischen Anfrage nicht bekannt.

Antwort zu den Punkten 3 und 8 bis 10 der Anfrage:

Das Aufsichtsrecht über die Universitäten ist eine reine Rechtsaufsicht. Es enthält keinen Spielraum für derartige allgemeine Anordnungen oder Maßnahmen.

Antwort zu den Punkten 4 bis 7 der Anfrage:

Dazu ist auf die Stellungnahme der Universität Wien in der Anlage zu verweisen.

Dr. Reinhold Mitterlehner

Anlage

